



ECONOMIST
„Wer nicht sät, der wird verhungern“
Wir müssen uns vor der Technik nicht fürchten, wohl aber vor neuer Regulierung, sagt Hannes Androsch.



Hannes Androsch, Industrieller und früherer SPÖ-Finanzminister, in seinem Sommerhaus in Altaussee.
[Ralf Tonnow/digital-design.at]

„Wer nicht sät, der wird verhungern“

Interview. Hannes Androsch über den Trugschluss bei der Wertschöpfungsabgabe, warum wir uns vor Robotern nicht fürchten müssen und von wem wir bei der Forschung lernen können.

VON KARL GAULHOFER

Die Presse: Eine neue industrielle Revolution, durch Roboter und Digitalisierung – ist das ein Hype oder Realität?

Hannes Androsch: Die technologische Revolution ist im Gang, auch in den Fabriken. Wir sichern damit unsere industrielle Basis ab. Die Forderung an die Politik ist: nicht noch mehr Regulierung. Den Übermut der Ämter haben wir schon im Übermaß. Und auch keine steuerlichen Hürden. Man soll die Ernte besteuern, nicht das Saatgut.

Da haben Sie wohl mit der SPÖ-Forderung einer Wertschöpfungsabgabe keine Freude...
Das geistert seit 50 Jahren erfolglos herum, so wie die Finanztransaktionssteuer.

Die kann nur international funktionieren, eine Maschinensteuer geht auch national.

Wir können uns auch abschotten und von unseren Erdäpfeln leben. Aber dann können wir uns auch den Wohlstand abschminken – und den Sozialstaat dazu.

Das Wifo sagt: Jetzt ist für eine solche Abgabe der falsche Zeitpunkt. Aber wenn der Kapitalanteil durch die Digitalisierung weiter steigt, soll man in fünf oder zehn Jahren darüber reden.

Auch dann nicht. Jede Investition soll zusätzliche Wertschöpfung schaffen. Über deren Besteuerung kann man sich unterhalten. Aber doppelt besteuern? Noch eins draufhauen, um nur ja zu verhindern, dass mehr entsteht? Das ist ein ökonomischer Trugschluss! In Wirklichkeit geht es um den Ersatz für fehlende Pensionsreformen.

Geht uns die Arbeit aus?

Nein. Früher sind die gesunden Mägde und Knechte in die Fabrik gegangen. Das Automobil hat die Kutscher abgelöst, die Waschmaschine die Wäschermädel. Monotone, gefährliche Arbeit fällt weg, neue Tätigkeitsfelder eröffnen sich.

Ich sehe immer noch Straßenbauarbeiter, die kniend Asphalt auftragen. Wer wird dem nachweinen?

Laut seriösen Studien könnte die Hälfte aller Jobs wegfallen.

Das haben die Maschinenstürmer auch geglaubt! Aus einer Milliarde Menschen wurden siebeneinhalb, aber die Arbeit ist nicht ausgegangen. Für mehr Produktivität brauchen wir neue Vorleistungen: eine längere, bessere Ausbildung. Auch Gesundheits- und Pflegeberufe nehmen zu, wegen der Überalterung. Weniger Erwerbstätige müssen mehr erwirtschaften. Bald gehen 30 Prozent unseres Bundesbudgets für Pensionen drauf. Aber für vorschulische Betreuung, Universitäten und Forschung fehlt das Geld. Da werden zukunftsvergesenen falsche Prioritäten gesetzt. Wir können nicht nur von früheren Ernten leben. Wer nicht genügend sät, der wird irgendwann verhungern. Deshalb brauchen wir die neuen technischen Möglichkeiten und dürfen davor nicht gleich in lähmende Ängste verfallen.

Die Bevölkerung wächst aber, durch meist junge Migranten.

Die Migration kompensiert das Alterungsproblem. Aber Flüchtlinge kommen nicht mit Zeugnissen von Eliteunis zu uns. Damit vergrößert sich die Effizienzlücke noch.

Wo steht Europa im Vergleich zu den USA?

Europa ist gut in alten Industrien, aber nicht in neuen. Der Vor-

ZUR PERSON

Hannes Androsch (78) war unter Kreisky SPÖ-Finanzminister, von 1970 bis 1981. Später wurde er als Kernaktionär des Leiterplattenherstellers AT&S zu einem sehr erfolgreichen Unternehmer. Als Aufsichtsratsvorsitzender des Austrian Institute of Technology (AIT) und als Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung ist er auch eine wichtige Stimme bei den Alpbacher Technologiegesprächen vom 25. bis 27. August.

sprung der USA hat nicht nur mit den Spitzenuniversitäten zu tun. Dahinter steht auch gewaltige staatliche Förderung. Die größte Forschungsförderungseinrichtung der Welt ist das Pentagon. Amerika hat hier eine Ausnahmesituation. Wir müssen uns an anderen Ländern orientieren: Schweiz, Skandinavien, Niederlande, Großbritannien, aber auch Südkorea und Singapur. Dort gibt es viel Innovation ohne riesigen Militärapparat.

Von wem finanziert?

Wenn man an den Grundlagen forscht, weiß man nie, ob man zu einer brauchbaren Erfindung kommt. Und wie lange es dauert, bis man sie nutzen kann. Da geht es um andere Zeiträume als auf dem Markt. Da haben der Staat und Brüssel besondere Aufgaben. Die Budgets dafür sind nicht adäquat.

Bildung, Pflege, Forschung: Sie fordern überall mehr öffentliches Geld. Also höhere Steuern?

Nein. Wieso schaffen es die Schweiz und Deutschland mit deutlich niedrigeren Steuerquoten? Für Bildung geben wir mehr aus als die Niederländer und haben ein schlechteres Ergebnis. Für erfolglose Umschulungen geben wir fast so viel aus wie für die Universitäten. Die Schweizer stecken in ihre Hochschulen drei- bis viermal so viel Geld. Sie haben Spitzenunis wie die ETH Zürich und die EPFL Lausanne, wir nicht.

Sie leiten den Aufsichtsrat des Austrian Institute of Technology. Was machen Sie dort anders?

Das AIT-Motto ist: Wir sind viel zu arm, um uns Mittelmäßigkeit leisten zu können. Die Universitäten aber werden mit der Gießkanne finanziert. Es fehlt der wissenschaftliche Wettbewerb, bei dem nur die Besten Mittel bekommen, dann aber viel. Auch der Wissenschaftsfonds ist heillos unterdotiert. Wir haben wenig Geld, und das lassen wir verrotten. Damit ist keine Blume gegossen. Und dann wundern wir uns, dass keine wächst.

Warum investieren die heimischen Unternehmen zu wenig?

Wir haben eine heillos veraltete Gewerbeordnung, Hürden bei den Genehmigungen, extrem überhöhte Lohnnebenkosten...

Das war schon vor 20 Jahren so. Trotzdem wurde mehr investiert.

Die Hürden wachsen. Und etwas Positives ist weggefallen: Wir hatten jahrzehntelang steuerliche Anreize, eine vorzeitige oder degressive Abschreibung. Das mindert das Risiko und stärkt die Liquidität beim Start. Dass Unternehmen, wenn sie Erfolg haben, ihren Beitrag leisten, sieht jeder ein. Aber sie dürfen nicht behindert werden, erst einmal dorthin zu kommen.

Was empfehlen Sie in der Familienpolitik?

Weniger Transfers, mehr Sachleistungen. Wegen der Demografie brauchen wir mehr Frauen, die arbeiten. Nicht nur in Teilzeit, mit schlechten Pensionsansprüchen, die man dann beklagt. Deshalb brauchen wir Ganztagsbetreuung, wie auch zum Spracherwerb. Das pfeifen weltweit die ältesten Spatzen von den Dächern. Aber wir setzen Abermilliarden falsch ein. Sogar bei einem Kind im Grazer SOS-Kinderdorf bekommen die leiblichen Eltern, die es seit zwölf Jahren nicht gesehen haben, Familienbeihilfe. Was bitte fördern wir da?

Warum ist Österreich so reformresistent?

Offenbar gibt es in wichtigen politischen Kreisen ein unglaubliches intellektuelles Defizit.

Fügen sich Politiker der größten Wählergruppe, den Alten?

Die SPÖ hatte absolute Mehrheiten mit 60.000 Frühpensionisten. Jetzt haben wir über zehnmal so viele, aber die Partei hat nur noch die Hälfte der Stimmen. Daran liegt es also nicht. Man fürchtet sich davor, eine falsche Politik zu ändern. Mit dem Erfolg, dass die FPÖ in Umfragen stärkste Partei ist. Na gratuliere!